

**Beratungsfolge**

**Termin**

Haupt- und Finanzausschuss	26.02.2025
----------------------------	------------

Fachbereich / Produkt

Fachbereich 3 Bürger / 05

Sachbearbeitung

Herr Lücking

Datum

04.02.2025

**Antrag Bündnis 90/Die Grünen Ablehnung der Einführung der Bezahlkarte**

**Beschlussempfehlung:**

Die Gemeinde Hüllhorst beschließt gem. § 4 Abs. 1 Bezahlkartenverordnung (Opt-Out Regelung), abweichend von den Regelungen der Verordnung zur Einführung einer Bezahlkarte im Asylbewerberleistungsgesetz, dass die Leistungen nach dem AsylbLG zunächst nicht in Form einer Bezahlkarte erbracht werden.

Die Einführung der Bezahlkarte wird dem Fachausschuss des nächsten Gemeinderates 2026 nach Klärung der offenen Fragen ergebnisoffen erneut vorgestellt.

**Sachverhalt:**

Zum 07. Januar ist in Nordrhein-Westfalen die Verordnung zur flächendeckenden Einführung einer Bezahlkarte (BKV NRW) im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) in Kraft getreten. Das Land hat dabei gemeinsam mit 13 anderen Bundesländern einen Dienstleister für die sog. SocialCard beauftragt.

Das Handling zur Nutzung der guthabenbasierten Debitkarte des Anbieters Visa wurde den NRW-Kommunen am 15./16.01.25 in Informationsveranstaltungen des verantwortlichen Ministeriums per Videokonferenz vorgestellt. Zuständige Vertreter der Gemeindeverwaltung des Bereiches Soziales/Asyl haben teilgenommen. In der mehrstündigen Veranstaltung wurde eine dreistellige Anzahl von Fragen durch die Kommunen gestellt, die vielfach durch das Ministerium mit dem Hinweis „ist in Klärung“ beantwortet wurden. Es kam der Eindruck auf, dass einige wichtige Aspekte, die für die Kommunen relevant sind, noch abschließend geklärt werden müssen. Das Ministerium kündigte an, eine FAQ-Liste auf Basis der vorliegenden Fragen zu erstellen, so dass die Anwender notwendige Handlungsempfehlungen erhalten. Derzeit liegt hierzu noch nichts vor.

In einem ersten Schritt gibt das Land NRW die SocialCard aktuell in fünf Landeseinrichtungen (pro Regierungsbezirk eine Einrichtung) aus. In den nächsten drei

Monaten erfolgt dann eine sukzessive Einführung in allen 50 Landeseinrichtungen. Alle Asylantragstellenden erhalten dann eine Bezahlkarte, wenn sie aufgenommen werden. Ausgenommen bleiben ukrainische Flüchtlinge, weil sie kurz nach ihrer Ankunft in einer Kommune ins SGB II-Leistungssystem übergehen. Für die Gemeinde Hüllhorst umfasst der Personenkreis aktuell 37 Flüchtlinge (33 Asylsuchende/4 Geduldete).

Die Kommunen haben die Bezahlkarte einzuführen, wenn sie nicht von der sog. Opt-Out-Regelung (§ 4 BKV) Gebrauch machen. Danach kann jede Kommune abweichend von den Regelungen der Verordnung beschließen lassen, dass die Leistungen nach dem AsylbLG im Regelfall nicht in Form der SocialCard erbracht werden. Diese Option beabsichtigt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit beiliegendem Antrag.

Dieser sieht vor, dass die Gemeinde Hüllhorst die Einführung einer Bezahlkarte grundsätzlich ablehnt. Die Ablehnung wird damit begründet, dass die Karte „diskriminierend und absehbar verfassungswidrig“ sei.

Die Verwaltung ist der Auffassung, die Einführung der Bezahlkarte vorübergehend auszusetzen, bis eine Klärung über die konkrete Umsetzung und den damit verbundenen Aufwand vorliegt. Erst dann kann eine abschließende Beurteilung vorgenommen werden.

Dazu werden u.a. Gerichtsurteile angeführt. Verwaltungsseitig werden nach Einführung der Bezahlkarte weitere Klagen (z.B. zur Höhe des Barbetrages von 50 €) erwartet.

Vor dem Hintergrund offener administrativer Aspekte fragten zahlreiche Kommunen das Ministerium bei der Informationsveranstaltung, ob von der Opt-Out-Regelung vorübergehend Gebrauch gemacht werden kann und damit ein späterer Einsatz der Bezahlkarte erfolgen kann. Das bejahte das Ministerium. Derzeit wird eine Erhöhung des Verwaltungsaufwands gesehen, der in keinem Verhältnis zum beabsichtigten Pull-Faktor steht. Dieser Weg wird verwaltungsseitig daher empfohlen.

Über die weitere aktuelle Entwicklung wird in der Sitzung informiert.

## **Der Bürgermeister**

gez. Kasche

### Anlage(n):

1. Antrag Bündnis 90/Die Grünen